

# Schwarzwälder Tageszeitung

Gegegründet  
1877

Aus den Tannen

Fernsprecher  
Nr. 11

Allg. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt. Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt

Verlagspreis: Bei der 10 u. den Abonnenten bezogen monatlich 18 RM. 80 Pf., in Altensteig 18 RM. 60 Pf. Einzelverkaufspreis: Die 11seitige Beilage über Herrn Mann 70 Pf., die Familienbeilage 2 RM. Kleinbeleg 10 Pf. Abdruckkosten der Zeitung beträgt 10 Pf. über den Preis hinaus, besteht kein Nachdruck auf Belegung. Einzelverkauf 2 RM. 50 Pf. bei Abbestellungen Rabatt. Bei Zahlungsvorgang ist der Rabatt einfügig.

Nr. 271.

Altensteig, Samstag den 10. November.

Seitgang 1921.

## Zur Lage.

Die Zeit rückt immer näher, wo die nächste Vierteljahrszahlung fällig ist. Am 15. Januar müssen 500 Millionen Goldmark an die Wiederherstellungskommission abgeführt werden. Nach dem heutigen Dollarkurs sind das rund 3 1/2 Milliarden Papiermark. Drinnen und draußen weiß man, daß es ganz unmöglich ist, in der kurzen Frist diese Summe aufzubringen, nachdem erst am 15. November eine Rate in Sachleistungen erfüllt worden ist. Das geheimnisvolle Wallen der Wiederherstellungskommission, die seit mehr als einer Woche in Berlin weilt, gilt der Feststellung, ob und wie die Einhaltung der Verpflichtung zu machen sei. Zum Unglück für uns besteht ja wieder einmal eine „Spannung“, und zwar keine geringe, zwischen den verbündeten Engländern und Franzosen. Der englische Vertreter in der Wiederherstellungskommission, Bradbury, der mit demjenigen Frankreichs, Dubois, am 12. November eine Unterredung mit dem Reichskanzler Briegleb hatte, berichtete an seine Regierung, es seien von Deutschland Garantien gegen eine Bevorzugung Frankreichs durch das Wiesbadener Abkommen zu fordern. Nach dem Valutakurs — so sagt Bradbury —, der auf die erste Milliardenzahlung ergab, sei der Zweifel begründet, ob Deutschland am 15. Januar wieder bezahlen könne. Deshalb sei es verfehlt, dieses zahlungsunfähige Deutschland mit so weitgehenden Sachleistungen zu belasten, die nur zu weiterer Verwässerung der deutschen Valuta führen, denn das Reich müsse für die Leistungen die Industrie in bar bezahlen und immer neue Pausen von Papiernoten drucken. Solange aber die Wägen-Notenfabrikation andauere, sei für einen Kredit im Ausland keine Aussicht. In London will man nun zwar die deutsche Krise nicht verhindern, aber man wünschte, daß Deutschland sie überstehe. Die Sachleistungen sollen jedenfalls derart sein, daß sie nicht „gratis“, d. h. rein auf Rechnung der Kriegsschädigung, erfolgen, sondern daß Deutschland dafür Gegenleistungen erhalte, um so die wieder zu werden zu können. Von einem Schuldnachlaß will England nichts wissen, wenigstens solange Amerika den verbündeten ihre Schulden nicht erläßt. Dagegen scheint man in London nicht abgeneigt zu sein, nötigenfalls eine Fristverlängerung zu gewähren. Hierbei stößt man aber auf den hartnäckigen Widerstand Frankreichs, das ebenfalls die Krise herbeiwünscht, nur soll sie Deutschland womöglich nicht übersehen. Die „Sanktion“ der Besetzung des Ruhrgebietes wäre die nächste Folge. Arbeitet doch Frankreich planmäßig darauf hin, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands auch von innen heraus zu zermürben. Es war nicht genug, Obereschlesien zu rauben, nun sollen auch die „Deutschen Werke“ vernichtet werden, Fabrikanlagen deren Maschinenwert allein in die Hunderte von Millionen gehen. Die Pariser Zeitung „Temps“, die man derzeit als halbamtlich bezeichnen kann, begeistert sich ferner für den Vorschlag eines angeblichen englischen Majors mit dem französischen Namen Lejeune, die deutsche chemische Industrie zu beschlagnahmen und unter die Kapitalisten der Verbandsländer — wie die Kohlen- und Zinklager Oberschlesiens — zu verteilen. Das sind Milliardenwerte, die für die Reichswirtschaft wegen der bedeutenden Ausfuhr noch die hauptsächlichsten Einnahmequellen vom Ausland her darstellen, denn trotz Spionage und Bestechung von Angestellten ist das Ausland der deutschen chemischen Industrie noch lange nicht an die Gärten gekommen. Lejeune und der Temps „befürchten“ aber, daß die deutschen Fabriken heimlich wieder giftige Gase herstellen und einen Krieg vorbereiten könnten und da gebietet es die „Sicherheit“ des armen Frankreichs, die Werke unter die Verbandsländer zu verteilen. Auch diese „Sanktion“ steht also vor der Tür.

Nur eine Aussicht besteht noch, daß die Zahlung am 15. Januar erledigt werden kann, und diese gründet sich auf das Zustandekommen der Kredithilfe des Reichsverbands der Deutschen Industrie. Aber es schwebt ein eigenartiges Verhängnis über den nun sich Monate hindurch hinziehenden Verhandlungen. Die Regierung weiß, daß sie ohne diese Kredithilfe dem Verband die Zahlungsunfähigkeit anlagen muß, aber sie selbst wie die Parteien, die Gewerkschaften und die Eisenbahnverbände

haben die von der Industrie gestellten Bedingungen mehr oder weniger bestimmt abgelehnt. Namentlich wollte man von der Ueberführung der Reichseisenbahnen in Privatbesitz nichts wissen. Die Gewerkschaften stellten Gegenforderungen wie Sozialisierung der Bergwerke, Beschlagnahme der Betriebsvermögen bis 25 Prozent, Erlassung der Auslandsbesessen u. a. An diesen Gegenforderungen würde, wie der Industrieverband erklärte, die Kredithilfe sofort scheitern; er machte nun aber ein neues Angebot, das die ersten Bedingungen wesentlich einschränkt indem z. B. die Eisenbahn nicht schlechweg „privatisiert“ werden soll, es würde vielmehr eine neue Wirtschaftsform für das Eisenbahnwesen zu suchen sein, die den kapitalistischen Monopolcharakter vermeidet und doch den von allen Seiten als notwendig anerkannten Verkehrsformen im Sinn privatwirtschaftlicher Betriebe weitgehenden Spielraum läßt. Der Industrieverband hat nun zunächst mit den Vertretern der Landwirtschaft, des Handels, der Banken, des Gewerbes Fühlung genommen, auch mit den Gewerkschaften soll verhandelt werden. Auf dieser breiten Grundlage hofft man die Kredithilfe leistungsfähig aufbauen zu können. Die Verhandlungen werden nicht leicht sein, aber sie müssen jetzt endlich zu einem Ziel führen, oder wie haben neues Glend, Valutakurs, Teuerung und Sanktionen zu erwarten.

In Washington hat man auf der Abrüstungskonferenz ständig ein Auge auf Deutschland gerichtet, wenn auch Deutschland so wenig wie Rußland zu der Bereitschaft geladen worden ist. Der Zweck dieser Konferenz ist, wie sich schon herausgestellt hat, trotz ihrer Namensgarantie die Abrüstung gewesen. Der amerikanische Staatssekretär Hughes, der die Verhandlungen leitet, hat die ganze Versammlung vielmehr mit einem — Abrüstungsprogramm überrascht, das zwischen den drei stärksten Seemächten Amerika, Großbritannien und Japan vereinbart werden soll. Diese drei Staaten organisieren die Seepolizei für unseren Erdball und messen sich selbst die Küstung zu und passen auf, daß ihnen die Kleineren und Kleineren durch übertriebene Bewaffnung nicht lästig werden können. England soll den Kern seiner Flottenmacht auf 22, Amerika auf 18, Japan auf 10 Großkampfschiffe begrenzen. Das ist immerhin eine Ersparnis, wenn man bedenkt, daß so ein moderner Schiffsrüchler 200 Millionen Goldmark kostet. Die Ueberlegenheit aufrecht erhalten kann, ohne sich auf die unsichere Bahn des Wettrüstens zu begeben, der wäre ein Narr, wenn er davon nicht Gebrauch machen würde. Amerika verfolgt nun freilich dabei seine ganz bestimmten Ziele, die verträglich mit England längst verabredet waren. Einer der großen Zwecke der amerikanischen Weltpolitik ist die Loslösung Englands von Japan. Warum soll Amerika den Engländern das am Ende doch nicht entscheidende und vielleicht nur auf dem Papier stehende Uebergewicht von vier Linienklassen nicht zugestehen, wenn es dadurch im offenen oder heimlichen Kampf um das Stille Weltmeer ganz England auf seine Seite bekommt? England hingegen kann das japanische Bündnis heute, wo seine beiden geistlichen Nebenbuhler, Deutschland und Rußland, so freundlich waren, sich gegenseitig zu ruinieren, leicht entbehren. Die „Abrüstung“ ist der Deckmantel, der England das Herauswischen aus dem Rasen des japanischen Bündnisses erleichtert: wer sich der englisch-amerikanischen Vorherrschaft widersetzt, ist ein Feind des Gedankens der Abrüstung! Denn das scheint der wahre Zweck der Konferenz von Washington zu sein: Verständigung über die gemeinsame Vorherrschaft Englands und Amerikas in einer Form, die alle Welt anerkennen muß.

Die Japaner wissen wohl, um was es sich handelt. Was haben sie nicht darum, könnten sie die deutsche Macht zu Wasser und zu Lande wiederherstellen! Jetzt ist die Reihe an ihnen. Ohne Krieg, der ist bei dem Schiffsverhältnis von 40 zu 10 nicht mehr nötig. Und doch gibt es „plötzliche Schwereigkeiten“, die chinesische Frage. Es ist nämlich nicht gesagt, daß Japan und China einig Feinde bleiben müssen; die beiden gelben Rassen können sich auf einmal wieder gegen die „Weißen“ zusammenschließen. — Von der Abrüstung zu Lande wird in Washington wenig oder gar nicht die Rede sein und Herr Briegleb kann schon in nächster Woche wieder nach Hause reisen — ob enttäuscht oder befreit? das ist jetzt noch schwer zu sagen. Frankreich wird natürlich häufig sein Meer um keinen Mann vermindern und auch, wie Italien,

die Flotte eher vermehren als verkleinern. Während aber das amerikanisch-englische Finanzkapital an die Ausbeutung der Teile der Welt geht, die noch ausbeutungswürdig sind, Rußland eingeschlossen, wird der französische Kapitalismus mit Deutschland (die chemische Industrie!) abgefunden. Das ist der Bluff von Washington!

## Die neuen Bezüge der Beamten.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt:

Bei Erörterung der neuesten Änderungen der Beamtenbeihilfungsbezüge ist mehrfach bemängelt worden, die Spannung zwischen den Gesamtbezügen der verschiedenen Beamtengruppen sei zu sehr und in unsozialer Weise erweitert. Diese Kritik scheint nicht genügend berücksichtigt zu haben, in welcher scharfer Weise die höheren Einkommensbeiträge von der Einkommensteuer erfasst werden. Diese nimmt bekanntlich schon von dem 50 000 RM. übersteigenden Einkommensteil 45 v. H. in Anspruch. Die Wirkung der Steuerbelastung veranschaulichen in schlagender Form die Berechnungen, die die Reichsregierung ihrer Vorlage beigegeben hat. Darnach betragen z. B. die nach Abzug der Reichseinkommensteuer verbleibenden Dienstbezüge für einen verheirateten Beamten mit 2 Kindern im Alter von 6—14 Jahren:

in Beihilfungsgruppe	beim Anfangsgehalt in Ortsklasse			beim Endgehalt in Ortsklasse		
	A	C	E	A	C	E
I	17 520	16 230	15 360	23 040	21 630	20 550
II	20 220	18 930	18 060	24 760	23 040	21 950
III	21 370	20 080	19 210	25 680	24 060	22 960
IV	23 520	22 170	21 090	28 340	26 400	25 060
V	25 240	23 520	22 360	29 950	27 795	26 300
VI	26 200	24 480	23 320	32 110	30 045	28 600
VII	28 340	26 400	25 080	34 610	32 620	31 270
VIII	30 850	28 630	27 250	37 920	35 865	34 140
IX	33 370	31 260	29 950	41 440	39 600	38 280
X	36 580	34 695	33 370	45 400	43 615	42 130
XI	40 780	38 880	37 560	50 335	48 355	47 035
XII	46 060	44 305	43 090	58 915	56 935	55 615
XIII	56 275	54 295	52 975	73 855	71 875	70 555

Die Bezüge der Gruppe XIII betragen hiernach nach Berücksichtigung der Einkommensteuerbelastung das 3,2 bis 3,4fache der Bezüge der Gruppe I. Stellt man vollends in Rechnung, daß sowohl Gruppe I wie Gruppe XIII nur verhältnismäßig wenig besonders geartete Beamtenstellen enthalten, und vergleicht die regelmäßige Aufwandsgruppe des sogenannten unteren Dienstes (Gruppe II) mit der regelmäßigen Endstellung des sogenannten höheren Dienstes (Gruppe XIII), so betragen die Gesamtbezüge in der letzteren Dienststellung das 2,3 bis 2,5fache der Bezüge in ersterer Dienststellung. Die hiernach verbleibende Spannung kann beim Vergleich der beanpruchten Leistungen und des Aufwands für Vor- und Ausbildung keineswegs als übertrieben bezeichnet werden.

## Neues vom Tage.

### Die Kredithilfe.

Berlin, 18. Nov. Der „Volksanzeiger“ berichtet, die vertraulichen Verhandlungen über die Kredithilfe der Industrie und der Gegenforderungen der Gewerkschaften werden zwischen den beteiligten Verbänden und der Reichsregierung fortgesetzt. Insbesondere ist die „Entbürokratisierung“ der Eisenbahn Gegenstand der Beratungen. Das Blatt glaubt, daß vorläufig noch die Möglichkeit einer Verständigung bestehe.

### Kohlenpreiserhöhung.

Berlin, 18. Nov. Auf Grund der Lohnvereinbarungen vom 19. d. M. beschloß der Reichskohlenverband folgende durchschnittliche Preiserhöhungen ohne Steuer: Ruhrrevier: 132 RM. je Tonne ab 1. Dezember; Niedersachen: 145 RM., Sachsen: 135,30 RM., Niederschlesien: 128,30 RM. ab 20. Nov., Rheinische Braunkohlenbriketts: 50,71 RM. ab 1. Dez., Kohle 15 RM. ab 1. Dez., Mitteldeutsche und Ostdeutsche Braunkohlenbriketts 80 RM. ab 21. Nov., Kohle 24 RM. ab 21. November.

### Zuchthausstrafe für Schlemmerei.

München, 18. Nov. Es verlautet, daß der bayerische Gefängnisrat gegen Schlemmerei Gefängnisstrafen so-



wie Geldstrafen bis zu 100 000 Mark, im Wiederholungsfall Zuchthausstrafen bis zu 5 Jahren, Geldstrafen bis zu 200 000 Mark, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, Ueberweisung an die Landespolizei, sowie öffentliche Bekanntgabe der Namen der Schuldigen vorkommt. Auch die in Deutschland sich aufhaltenden Ausländer sollen gegebenenfalls vom Gesetz betroffen werden. Nicht nur für Schlemmer selbst, sondern auch für diejenigen, die der Schlemmerlei Vorschub leisten, steht der Gesetzentwurf schwere Strafen vor, so Entziehung der Konzession, Schließung der Lokale und unter Umständen neben diesen Strafen noch Geldbußen.

#### Eindbruch in der Bad. Anilin- und Sodafabrik.

Mannheim, 18. Nov. In der Bad. Anilin- und Sodafabrik in Ludwigsbafen wurde in der Nacht zum 17. Nov. mittels Sauerstoffgas ein feuergefährlicher Schrank erbrochen und Wertgegenstände im Wert von einer halben Million Mark gestohlen. Die Direktion hat eine Belohnung von 50 000 Mk. für die Herausfindung des Diebesguts ausgesetzt.

#### Nächste der Wiederberufungskommission.

Paris, 18. Nov. Wie der „Temps“ meldet, hat die Wiederberufungskommission die Untersuchung, die sie in Berlin durchgeführt hat, beendet und wird Ende dieser Woche nach Paris zurückkehren.

Die erste Garantiezahlung wurde am 15. November gezahlt und zwar 45 Millionen Goldmark. Die zweite ist am 1. Dezember fällig und wird ungefähr 85 Millionen Goldmark betragen. Diese beiden Posten werden auf die am 15. Januar 1923 fällige Wiedergutmachungsrate angerechnet.

#### Wiederaufbau in sechs Jahren.

Paris, 18. Nov. Der Minister Loucheur empfing gestern die Bürgermeister des Wiederaufbaubereichs und erklärte ihnen, er habe die Absicht, zu fordern, daß der Wiederaufbau innerhalb 6 Jahren vollendet sei.

#### Die Konferenz in Washington.

Washington, 18. Nov. Die Trans-Ozean-Gesellschaft meldet, die Regierung der Vereinigten Staaten scheint jetzt geneigter zu sein, nach Erledigung der Hauptfragen auf der Konferenz die Befreiung wirtschaftlicher Fragen (Schuldnachlaß) zuzulassen, doch widersehe sie sich dem englischen Vorschlag der Einschränkung der Tauchboote mit Rücksicht auf die ausgedehnte amerikanische Küste. Amerika wäre aber mit einem Höchstmaß für Unterwasserboote einverstanden. An der 10jährigen Pause für den Bau von Kriegsschiffen halte Amerika fest.

Der japanische Admiral Kato hat die Vertreter der neun Mächte gebeten, ihm mehrere Tage freizugeben, um die Vorschläge Chinas zu prüfen. Dieser Bitte ist stattgegeben worden.

Die japanische Regierung hat angekündigt, unabhängig von irgendwelchen Vereinbarungen in der Frage des Fernen Ostens, ein Abkommen über die Zahl der Kriegsschiffe zu unterzeichnen.

Paris, 18. Nov. Wie das „Journal“ berichtet, soll der französische Chemiker, Professor Mourou zur Konferenz nach Washington abgereist sein. Das Blatt schreibt daraus, daß die Frage der Verwendung giftiger Gase auf der Konferenz zur Sprache gebracht werden soll.

Berlin, 18. Nov. Im Reichstagsausschuß für Beamtenangelegenheiten wurde eine Entschließung Degler (D.nat.) angenommen, die Regierung zu ersuchen, die Einstellung von Beamtenamtsrättern in der Reichsverwaltung bis zur Beratung des Reichshaushalts für 1923 zu unterlagen und die freierwerbenden planmäßigen Beamtenstellen, unbeschadet der Rechte der außerplanmäßigen Beamten, nach Möglichkeit mit Wartgeldempfängern und Beamten aus den abgetretenen Gebieten zu besetzen.

## Aus Stadt und Land.

Mittwoch, 19. November 1921.

Die Zuckerversorgung hat seit dem Monat Oktober sehr viel zu wünschen übrig gelassen. Die Gründe sind nach amtlicher Mitteilung darin zu suchen, daß die Reichszuckerstelle in Erwartung einer besseren Ernte, als sie wegen der Trockenheit tatsächlich erzielt wurde, die für Oktober vorgeschriebenen Mätlagen vorher schon ausgegeben hat. Ferner haben unnötige Ankäufe des Publikums die Vorräte gelichtet und endlich konnten, nachdem die an sich schon verspätete Ernte der Zuckerrüben wegen Tiefstands der Wasserstraßen und Wagenmangels in der Anlieferung an die Zuckerraffinerien eine erhebliche Verzögerung erlitten hatte, die Fabriken den Betrieb erst viel später aufnehmen als sonst. Derzeit sind nun aber alle Raffinerien voll beschäftigt und so ist trotz des immer noch bestehenden Wagenmangels in der nächsten Zeit die Ankunft von größeren Zuckermengen für den Kleinverbrauch zu erwarten. Mit einer reichlichen Versorgung wird nicht gerechnet werden können, doch wird sie immerhin etwas besser sein als im Vorjahr.

Die Kraftfahrergewinnliche Altkreis-Dornketten, welche in dieser Woche in Betrieb genommen wurde, begegnet einem großen Interesse der Bevölkerung. Erwähnt sei, daß der Fahrpreis nach Pfalzgrafenweiler 5 Mk., nach Dornketten 10 Mk. beträgt, mit der Bahn nach Dornketten dagegen 4. Klasse 6 Mk., 3. Klasse 8.10 Mk. Bei der Frühfahrt Altkreis-Dornketten hat man Sonntag in Dornketten leider keine Verbindung in der Richtung Freudenstadt und das ist ein Nachteil dieser Linie.

Marltshaus, 19. Nov. (Einbrüche.) In der Nacht von Donnerstag auf Freitag wurde hier ein schwerer Einbruch im Hofhaus z. R. ausgeführt. Mittels Leiter, die sie in der Nachbarschaft geholt hatten, stiegen die Einbrecher ins Haus, sprengten die Kommode und raubten 3500 Mk. teils amt. Gelder (von der Postkasse), Uhren, Silberzeug und sonstige Wertgegenstände, sowie 3 Garten etc. Der Verdacht wendet sich gegen 3 Männer, die zuvor in der Krone übernachteten. In Wildberg sollen die Diebe in die Bahn eingestiegen sein. — Auch in Oberhaugstett wurde kürzlich in drei Häusern eingebrochen und Wäsche etc. gestohlen. Vermutlich ist es die gleiche Diebesbande, welche unsere Gegend unsicher macht.

Dom Gärber Bezirk, 8. Nov. Dritte Woche hat der Bezirkswahlverein mit der Personalauswahl hauswirtschaftlicher Winterkurse für Schulentlassene Mädchen sowie für Frauen wieder begonnen. Den Reigen eröffnen 7 Näh- und Stickkurs auf Landorten und zwar in Dudenpfromm, Elsbach, Oberkollbach, Ottenbronn gemeinsam mit Neuburg, Simozheim, Stammheim und Unterhaugstett; weiter ein solcher in der Stadtgemeinde Calw selbst. Ein Näh- und Stickkurs in Otterbach wird in den nächsten Tagen nachfolgen. Bemerkenswert ist das große Interesse für diese Art von Kursen in der Oberamtsstadt selbst, wo im Zeitraum eines Jahres nummehr der 4. Kurs eröffnet werden mußte. Mitte Januar n. J. wird die zweite Serie der Näh- und Stickkurse beginnen. Kochkurse wurden bisher in Neubulach und Zwerenberg eröffnet. Breitenberg sowie Schmied, letzteres gemeinsam mit G. berg, werden in den nächsten Tagen nachfolgen. Man hofft, diesen Winter, dank der tätigen Tätigkeit der Bezirksvereine, 25—30 Kurse zustande zu bringen. Mit den Näh- und Stickkursen sollen neuer erhaltene Bäckerkurse verbunden werden, soweit sich dies ermöglichen läßt.

Stuttgart, 18. Nov. (Polizeiausschuß) Zum Entwurf eines Gesetzes betr. die staatliche Polizeiverwaltung ist ein Abänderungsantrag von den Abgg. Bod (Ztr.), Heymann (Soz.) und Scheel (Dem.) gestellt. In Art. 1 des Antrags wird die Verstaatlichung nur der Sicherheits- und Kriminalpolizei verlangt. Art. 2 will, daß das Staatsministerium durch Verordnung die Verwaltung der Sicherheits- und Kriminalpolizei auch in anderen als im Art. 1 genannten Gemeinden staatlichen Polizeiamtären übertragen kann. In Artikel 3 wird ein Polizeibeirat geschaffen mit gutachtlicher Zuständigkeit. Die Artikel 4—7 enthalten keine wesentlichen Änderungen. In Artikel 8 ist beantragt, daß die Aufgaben des Polizeiamts Stuttgart als Landesstriminalpolizeiamt durch Verordnung des Staatsministeriums bestimmt werden sollen. Die Artikel 1—8 wurden gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

An die würt. Staatsregierung hat der Landtagsabg. Rothmann von der Deutschen Volkspartei folgende kleine Anfrage gerichtet: Mittermeldungen zufolge behält die Reichsregierung die Postkassen auf das fünfjährige gegenüber den Friedenszeiten zu erhöhen. In das Staatsministerium in Würdigung der Tatsache, daß die Befristung des Defizits bei der Post nur durch organisatorische Maßnahmen mit äußerster Sparamer Wirtschaft und nicht allein durch Tarifierhöhungen, die wiederum preissteigernd wirken, erreicht werden kann, bereit, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die unsere Wirtschaft und Kultur gefährdende Tarifierhöhung nicht in diesem gewaltigen Maße Gesetz wird?

Der bisherige zweite Vizepräsident des Landtags, Abg. Reil (Soz.), hat aus Anlaß seiner Berufung zum Arbeitsminister sein Amt niedergelegt. In der ersten Sitzung des Landtags, die voraussichtlich am Donnerstag, den 24. Nov., stattfindet, wird die Wahl eines zweiten Vizepräsidenten vorgenommen werden.

Stuttgart, 18. Nov. (Der Steuernachlaß für die Daimlerwerke.) Im Gemeinderat erklärte der städt. Finanzreferent, Rechtsrat Dr. Kopp, über den Steuernachlaß für die Daimler-Motoren-Gesellschaft in Untertürkheim folgendes: Es handle sich nicht um einen Steuernachlaß, sondern um eine Herabsetzung des Gewerbesteuerkatasters der Firma und ihres Gewerbesteuerkapitals. Letzteres war ursprünglich auf 32,7 Millionen Mark festgesetzt, wovon rund 20 Prozent für Staat und Gemeinde abgezogen wurden. Die Firma hat für 1919 Neueinschätzung beantragt und das Finanzministerium hat darauf eine Neueinschätzung mit dem Ergebnis vorgenommen, daß das Steuerkapital der Firma für 1919 und 1920 auf 4,6 Millionen Mark herabgesetzt wurde. Der Ausfall an Staatssteuer beträgt 1 794 000 Mk., bei der Gemeinde 9 459 000 Mk. für 1920. Für 1921 ist eine Neueranlegung beabsichtigt. Die ganze Steuerermäßigung für die beiden Jahre beläuft sich auf 11 1/2 Millionen Mark. Der Gemeinderat beschloß einstimmig, eine Eingabe an die Regierung zu richten, daß den Gemeinden bei der nächsten Einschätzung ein weitgehendes Mitwirkungs- und Einspruchsrecht eingeräumt werde, lehnte aber eine Besprechung der Steuerfrage gegen die Stimmen der Linken ab.

70. Geburtstag. Stadtparrer Reidel in Degerloch, bekannt durch seine kirchengeistlichen Vorträge, beging heute den 70. Geburtstag.

Für die Mittelstandshilfe, für die am 19., 20. und 21. November in Stuttgart geplant wird, sind bereits drei Gaben von je 10 000 Mk. eingegangen. Ländliche Heimstätten. Der Verein zur Gründung ländlicher Heimstätten richtete eine Eingabe an die würt. Staatsregierung und an den Landtag betr. Abgabe von Land in langfristiger Pacht. Zugleich wird er darauf hin, daß noch immer keine Ausführungsbestimmungen zum Reichsheimstättengesetz vorhanden seien, ohne welche dieses sonst so gutgemeinte Gesetz für eine tatsächliche Siedelung in Württemberg fast völlig wertlos ist.

Obst für arme Großstadtkinder. In Guntzen der beherrschenden Schulbesuchenden des Stuttgarter Jugendamts veranstalteten die Kinder der Gemeinde Duppelshorn, O. A. Waiblingen, unter Leitung ihres Lehrers eine Obstsammlung. Das Ergebnis waren 11 große Körbe prächtiger Äpfel, die von einem freundlichen Landwirt zur Verfügung gebracht wurden.

Feuerbach, 18. Nov. (Zusammenstoß.) Der hiesige Bringartler- und Güterbesitzerverein und der Wein- und Obstbauverein haben sich zu einem „Wein-, Obst- und Gartenbauverein e. V. Feuerbach“ zusammengeschlossen. Zum Vorsitzenden wurde Baumgartenbesitzer Leonhard Müller gewählt.

Ötlingen, 18. Nov. (Gegen die Verstaatlichung der Polizei.) Der Gemeinderat hat eine sozialdemokratische Entschließung mit 15 gegen 9 Stimmen angenommen, in der die Verstaatlichung der Polizei aus politischen und finanziellen Gründen abgelehnt wird.

Hall, 18. Nov. (Brand.) Gestern nachmittag ist die Scheuer des Gutbesizers Brenner in Högershof, Ode. Weisklingen a. L., mit großen Vorräten an Getreide, Heu, Stroh und Holz abgebrannt. Drei Stück Vieh sind mitverbrannt.

Mannheim, 18. Nov. Die Wiederaufnahme der Arbeit bei der Firma Benz u. Co. erfolgt am Samstag, den 19. d. M., nachdem der Schlichtungs- und Schlichtungsausschuß von beiden Seiten angenommen worden ist. Damit ist der drohende allgemeine Ausstand der Metallarbeiter in Mannheim vermieden worden.

## Vermischtes.

Die Gesamtzahl der Todesopfer in Dypau beträgt nach den neuesten Feststellungen 579. In diese Zahl einbezogen sind 72 als unerkannt geführte, beerdigte Tote und 52 Vermisste; die Gesamtzahl der als vermisst gemeldeten Personen beträgt 124.

In die Fremdenlegion entführt wurde in Karlsruhe ein junger Kaufmann namens Förster. Der junge Mann wurde mitten in der Stadt von einem Unbekannten angesprochen, der vorgab, er sei soeben bei seinem Chef gewesen und habe den Auftrag, den Kaufmann in einer geschäftlichen Angelegenheit an den Rheinischen Hafen zu begleiten. Sie stiegen in ein bereitstehendes Auto. Auf dem Weg wurde der junge Mann betäubt. Als er auf der Fahrt nach Neustadt (Pfalz) unterwegs erwachte, wurde er durch einen Faustschlag in eine tiefe Ohnmacht versetzt, aus der er erst abends wieder erwachte. Seine Habseigenheiten (Mhr. Geld usw.) fehlten. In der Nacht gelang es dem jungen Mann aber das Gitter des Lagers zu klettern. Auf einem Eisenbahndamm schritt er dann ostwärts.

Diebstahl. Der Viehhändler Martin Schwan von Weilheim (Oberbayern), der auf dem Münchener Viehmarkt 40 000 Mk. eingenommen hatte, ist auf dem Heimweg von zwei Burschen, die ihm gefolgt waren, erschossen und beraubt worden. Auch das Scheibuch wurde geraubt.

Brand. Am Donnerstag nachmittag brach in der Celluloidfabrik von Engelmann u. Co. in Leipzig-Flagwitz Feuer aus, wodurch die Seitenflügel des Fabrikgebäudes mit der gesamten Fabrikeinrichtung (Maschinen usw.) vollständig ausbrannten. Das Arbeitspersonal konnte sich retten. Der Schaden ist bedeutend.

In der Rheinischen Schellack-Weiche Ernst Kallhof in Mainz sind sämtliche Lagerräume und das Laboratorium mit großen Vorräten an Schellack im Wert von 8 Millionen Mk. niedergebrannt.

In St. Ludvig (Elsass) ist das Möbellager Levy, das mit neuen Möbeln vollgestapelt war, durch Feuer völlig zerstört worden.

## Zur Behandlung der 1921er Weine.

Von Professor Dr. Meißner, Weinsberg.

Der hervorragende 2ler Wein, der ein kostbares Gut darstellt, hat bereits nach doppelter Richtung die Besizer sehr löstlicher Tropfen in Unruhe versetzt: Die Weine regen sich zum Teil im Faß nicht mehr, und manche von ihnen beginnen schon sich zu klären. Nach Ansicht unserer Bevölkerung darf beides zur Zeit noch nicht sein. Um Verhütung in die aufgeregten Gemüter zu bringen, möchte ich auf beide Punkte hier kurz eingehen.

1) Nach meinen bis jetzt mit den 2ler Weinen gemachten Erfahrungen handelt es sich beim Etappenwein in den Kellern lagernden Weine um zwei verschiedene Fälle. a) Der Wein ist vergoren, schmeckt also nicht mehr süß oder süßlich. Da kein Zucker mehr in dem Wein vorhanden ist, kann selbstverständlich auch keine Entwicklung von Kohlenstoff mehr stattfinden, d. h. der Wein bleibt stumm, weil er mit der alkoholischen Gärung fertig ist. Da hilft dann kein Erwärmen des Weins, kein Aufrühren der Gese, kein Zusatz von Reife, kein Umwideln der Fässer mit warmen Lächern, kein Feigen der Keller usw., vielmehr muß man, um das kostbare Getränk vor dem Braunwerden, dem Essigfäulen, dem Auftreten einer Kuhnhaut zu schützen, den schädlichen Einfluß der atmosphärischen Luft ausschalten, indem man die Fässer fast spundvoll mit Wein auffüllt und den Spund entweder verkehrt auf das Spundloch des Fasses legt oder leicht in das Spundloch einsetzt. Ueberläßt man so den Wein der Ruhe, so wird er sich bald klären. b) Wenn der Wein dagegen noch säßlich schmeckt, was man durch eine Kostprobe leicht herausfindet, dann muß darnach getrachtet werden, daß die geringen Mengen Zucker möglichst bald, jedenfalls ehe die Keller kalt werden, zur Vergärung gebracht werden. Bei dem hohen Alkoholgehalt der heutigen vorläufigen Weine



in die Vergärung dieser geringen Zuckermengen eine schleppende, wird aber durch Anwendung gärkräftiger Hefe der Weinsberger Versuchsanstalt leicht und schnell bewirkt, da diese Hefen sehr viel Alkohol vertragen können. Man muß deshalb die stummen Weine im Keller probieren, um zu erfahren, ob sie noch süß schmecken oder nicht, und wird dann das eine (a) Verfahren anwenden, oder b) den Zusatz von Hefe bei zuckerhaltigen Weinen vornehmen müssen.

2) Daß die heutigen Weine nach der Vergärung des Zuckers sich so schön und schnell klären, ist nicht etwa ein Fehler, wie man gerne annimmt, sondern eine Folge der vermehrten durchaus gesunden Trauben. Anstatt froh zu sein, daß die Klärung der Weine so tadellos vor sich geht, sucht man unbegreiflicherweise auch hier verbessernd einzugreifen, indem man Zucker zu den alkoholreichen Weinen zusetzt! Das ist unsinnig, ist außerdem für die zu verkaufenden Alter Weine nach dem Weingesetz verboten! Auch bei sich klärenden Weinen ist durch eine Kostprobe in jedem einzelnen Falle zu entscheiden, ob sie noch süßlich sind oder keinen Zucker mehr besitzen, und es ist nach 1) oben zu verfahren. Dann handelt man technisch richtig und bewahrt die teuren Weine vor Fehlern und Krankheiten.

3) Da die heutigen Weine verhältnismäßig säurearm sind, muß es uns bei der Behandlung derselben darauf ankommen, ihnen diese Säure zu erhalten, weil sie sonst unharmonisch schmecken. Wir errichten das durch möglichst frühes Lagern der Weine in mit langen Spunden verschlossenen und spundvollen Fässern, frühzeitiges Ablassen der Weine von der Hefe etwa anfangs Dezember, mittelhartes Einbrennen der Weine beim 1. Abtrieb, schwaches Einbrennen der Rotweine beim 2. Abtrieb. Man braucht nicht zu fürchten, daß der rote Farbstoff durch das Einbrennen mitleidet; im Gegenteil, die rote Farbe wird dadurch viel glänzender, feuriger, wird ein reines Rubinrot ohne den Stich ins Braune, wie wir ihn gerade bei vielen württembergischen Rotweinen beobachten können.

### Wirtschaftlicher Wochenüberblick.

**Geldmarkt.** In der Bahntabebewegung hat sich eine kleine Besserung durchgesetzt. Der amerikanische Dollar steht nicht mehr 320, sondern 258. Das ist immer noch mehr als das Doppelte des Ertrags, aber es ist wenigstens ein Rückschlag. Hervorzugehen ist er in der Hauptsache durch die Beschränkung der Dividendenzahlung. Im übrigen charakterisieren sich unsere Geldverhältnisse als jammervoll, denn es steht fest, daß die Reichsregierung die nächste Goldzahlung an die Entente nicht anzubringen vermag. Die Wiederherstellungskommission besteht auf ihrem Schrein. Die nächsten Wochen müssen die Entscheidung bringen, ob die deutsche Wirtschaft endgültig zusammenbricht. 100 deutsche Mark notierten am 17. November in Zürich 2,05 (am 10. Nov. 1,90) Franken; in Amsterdam 1,08 1/2 (1,05) Gulden; in Kopenhagen 2,20 (2,30), in Stockholm 1,75 (1,75) Kronen; in Wien 2297 (2312) Kronen; in London 10,45 (9,62) Schilling und in New York 0,39 (0,33 1/4) Dollar.

**Börse.** Der Rückschlag auf dem Devisenmarkt und die angekündigte Ueberwachung der Verschmelzung haben dem Hausstaumel einen Dämpfer aufgesetzt. In dieser Woche kam eine starke Verkaufsbewegung zum Durchbruch, die aber wohl lange nicht die erhoffte durchgreifende Wirkung erzielte, da auch immer wieder Käufer schäftigten auftraten, die von den jeweils erzielten Ausschlägen profitierten. Die Schwankungen umfassen zum Teil mehrere hundert Prozent. Charakteristisch ist die Abwanderung der Spekulation in heimische Rentenmärkten und ihre plötzliche erwachte Vorliebe für Anleihen, Hypothekendarlehen und andere Werte, die einigermaßen gesicherte Unterlagen haben. Panik ist seit Freitag am Donnerstag in Berlin bis zu 10 Prozent.

**Produktenmarkt.** Anfangs der Woche stiegen die Preise für Weizen, Roggen usw. noch ins Uferlose. Als aber, dank der besseren Wagensstellung, die Abverkäufe seitens der Landwirtschaft wieder zunahmen und der Rückschlag auf dem Devisenmarkt nicht nur die nächsten Käufer, sondern auch die Spekulationen nachdenklich stimmten, gingen die Gewinne wieder verloren, so daß die Notierungen am 17. November in Berlin größtenteils sogar etwas niedriger waren als die vom 10. So notierten dort der Ztr. Weizen 384 (- 10), Roggen 290 (- 295 (- 8), Sommergerste 276-300 (- 100), Hafer 288-294 (- 5), Mais 320 (unverändert). Neu wurde am 14. November in Stuttgart mit 200-220 (+ 20), Stroh mit 80-90 Mark (unverändert) notiert.

**Warenmarkt.** Der Ausverkauf mit seinen preisdrückenden Wirkungen dauert immer noch an. Die neuen Lohnforderungen in der Kohlenindustrie lassen eine Preissteigerung um 60-70 Mk. für die Tonne erwarten. Fast alle Eisenzeugnisse weisen neue Preissteigerungen auf. Dasselbe gilt von sämtlichen anderen Metallwaren. In der Textilbranche ist es fast noch schlimmer. Die letzte Stuttgarter Garnbörse vom 16. Nov. brachte eine sprunghafte Preissteigerung für Baumwollgarn um 37 bis 47 Mk. pro Kilo und für Gewebe um 5-8 Mk. pro Meter. Daß die Lederwaren, insbesondere Schuhzeug, ebenfalls ständig weiter steigen, versteht sich fast von selbst. Dazu kommt jetzt noch eine ungeheuerliche Hausse in Pelzen, die durch die Mode noch besonders begünstigt wird.

**Viehmarkt.** Der Geschäftsgang ist sehr still. Rasenfahrig wandert Vieh an den Rhein, ja bis nach Schottland hinein. Die Folge ist ein Hinanstreben der Preise, wie es jetzt auch in der starken Erhöhung der Futtermittel zum Ausdruck kommt. Zuchtvieh ist ebenfalls wieder besser geworden, desgleichen Vieh.

**Holzmarkt.** Wir haben jetzt wieder gleiche Preise wie vor zwei Jahren. Manchem wird aber die inzwischen entstandene Krisis zur Warnung dienen. Die Versteigerungspreise gehen rasch in die Höhe. Langholz und Bretter sind überall gesucht; auch die Nachfrage nach Gruben- und Papierholz hat rasch wieder zugenommen.

### Handel und Verkehr.

**Preisrückführungen.** Der Internationale Verband der Seidenfärbereien hat für Färben von Stoffen und Fäden am 14. Nov. neue Preisveränderungen festgesetzt. — Die Vereinigung der Stoffsärbereien hat mit dem gleichen Tag die Farbpreise erneut erhöht. — Die Stoffappreturvereinigung hat die Ausstattungspreise erheblich erhöht. — Der Verband der Bleichfabriken hat ab 10. November einen Preisausschlag von 50 Prozent auf die letzten Preise eintreten lassen. — Der Färbeschloßverband hat seine bisherigen Grundpreise verdoppelt. — Der Verband deutscher Färbeschloßmaschinenfabrikanten hat ab 10. November eine Erhöhung seiner Inlandpreise für verzierte und emaillierte Maschinen um 20 Prozent und für Messer und Scheiben um 40 Prozent eintreten lassen. — Die Handelskammervereinigung hat die Ausschläge auf 1000 bis 2000 Prozent erhöht.

### Letzte Nachrichten.

**WTB. Genf, 19. Nov.** Alt-Bundestrat Calonder, der vom Völkerverband mit der Führung der deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien betraut worden ist, hat der deutschen und der polnischen Regierung mitgeteilt, daß die Verhandlungen am 23. November um 11 Uhr vormittags in Genf eröffnet werden sollen.

Die polnische Regierung hat dem Alt-Bundestrat Calonder ihre aufrichtige Bemerkung ausgesprochen, daß zur Bewältigung der schwierigen Aufgabe der Führung der deutsch-polnischen Verhandlungen eine so hervorragende und zukunftsvolle Persönlichkeit ernannt worden sei.

**WTB. Washington, 19. Nov.** Hughes hat für Montag Vormittag 11 Uhr eine Vollversammlung der Gattungsstaaten einberufen. Man nimmt an, daß im Laufe dieser Sitzung der Verhandlung den französischen Standpunkt bezüglich der Reparationen zu Lande zur Kenntnis bringen wird.

Am Schluß der gestrigen Kabinettsitzung erklärte der amerikanische Marine-Minister, daß der Bau der amerikanischen Kriegsschiffe, die augenblicklich auf den Halgen liegen, vertagt werde, bis die Konferenz zu einer bestimmten Vereinbarung gelangt sei.

**WTB. Berlin, 19. Nov.** Der „Berliner Lokalanzeiger“ veröffentlicht den Text einer deutschen Protestnote, die, wie die Blätter erklären, zur Stunde bereits der Botschaftskontorengabe überreicht sein dürfte. Die deutsche Note wendet sich gegen eine Note der interalliierten Marine-Kontrollkommission vom 20. Juli, die den Bau von 3 Schnelllauf-Dieselmotoren bei der Firma Benz in Mannheim mit der Erklärung beantragt, daß diese Motoren in U-Bootmaschinen und Kriegsmaterial seien. Die Kommission habe die Fertigstellung der Maschinen untersagt und diese in einer Note vom 26. August als Verletzung des Ultimatums bezeichnet. Die deutsche Protestnote erklärt, daß die deutsche Regierung die Forderung der Kommission nicht als berechtigt anerkennen vermag, da die Motoren von der Firma neu für gewerbliche Zwecke hergestellt würden und daher keine Friedensmaschinen seien. Das Problem der Dieselmotoren sei durch besondere Beschleunigung der Botschaftskontorengabe geregelt worden, die der friedlichen Verwendung dieser Maschinen keine Hindernisse in den Weg legen wollte. Daher könne auch die Wiederherstellung schnelllaufender Dieselmotoren zu gewerblichen Zwecken keinerlei Bedenken unterworfen sein. Wenn die Kommission das Recht für sich in Anspruch nehme, die Herstellung eines bestimmten Maschinenbaus zu untersagen, dessen Verwendbarkeit für friedliche Zwecke unbestritten sei, so liege darin eine offensichtliche Ueberschreitung ihrer Befugnisse. Sie verlasse das ihr einzig und allein zugewiesene Feld der Abrüstungskontrolle und unternehme es, in die wirtschaftliche Betätigung und Entwicklung Deutschlands auf das empfindlichste einzugreifen. Sie wolle einen Fabrikationszweig der deutschen Industrie unterbinden, der seine nationale Bedeutung auf dem Gebiete der Friedenswirtschaft habe und immer haben werde. Nach alledem setze sich die deutsche Regierung nicht in der Lage, der Forderung der Kontrollkommission Folge zu geben. Sie bitte aus Gründen des Rechts und der Gerechtigkeit die Botschaftskontorengabe, die Kommission anzuweisen, von ihrem Verlangen Abstand zu nehmen.

**WTB. Berlin, 19. Nov.** Der Reichsrat beschäftigte sich gestern mit dem dritten Nachtragsetz für 1921. Dieser enthält zum erstenmal einen Beitrag für die auf Grund der Annahme des Ultimatums im Rechnungsjahr 1921 zu leistenden Reparationszahlungen, die nunmehr im ordentlichen Etat 95,1 Milliarden und im außerordentlichen 17,1 Milliarden betragen. Bei einem weiteren Sinken der Mark ist mit einer weiteren Erhöhung dieser Summe zu rechnen. Der Reichszuschuß für die Post und für die Eisenbahnen macht gegen 20 Milliarden aus. Der Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrags enthält außer den Reparationsausgaben an Besatzungskosten noch 5,8 Milliarden Mark. An Ausgaben für die Interalliierten Kommissionen sind 1,2 Milliarden vorgesehen. Die interalliierte Rheinlandkommission kostet allein 198 Millionen, die Reparationskommission 800 Millionen Mark im Jahr. Alles in allem gerechnet ergibt sich für 1921 ein Fehlbetrag von 161,6 Milliarden, wobei zu berücksichtigen ist, daß erst im nächsten Etat für 1922 die Reparationslast im vollen Betrag erscheinen wird. Es wird alsdann mit einer Jahresausgabe für Reparationen von 224,2 Milliarden zu rechnen sein.

für ein einziges Jahr also soviel, wie die gesamte französische Kriegsschuldigung nach dem Verlage von 1870 71 betrug. Dazu kommen dann noch die Leistungen auf Grund des Weisbadener Abkommens. Das Ergebnis der zur Zeit dem Reichstag vorliegenden neuen Steuerentwürfe reicht nicht im entferntesten aus, um den Fehlbetrag auch nur des ordentlichen Haushalts auszugleichen. Reichsfinanzminister Dr. Hermes erklärte, er könne noch kein vollkommenes Programm der Ersparnisabsichten vorlegen, die notwendig seien, um zu einer Sanierung der ganzen Situation zu kommen. Wenn man von einem „Zahlenunsinn der Milliarden“ gesprochen habe, so müsse man das dahin zusammenfassen, daß dieser Zahlenunsinn da erscheine, wo wir ihn aus unserer Kraft nicht verhindern könnten. Durch Einsparung größter Rücksichtlosigkeit auf dem Gebiete der Ersparnisse schaffe man eine bessere Grundlage für die unbedingt kommende weitere Diskussion mit der Entente über die Frage unserer Verpflichtungen aus dem Ultimatum. — Entsprechend den Beschlüssen der Ausschüsse wurde der Nachtragsetz vom Plenum des Reichsrats angenommen.

**WTB. Berlin, 19. Nov.** Wie die Blätter erfahren, fanden gestern Verhandlungen zwischen den Ausschüssen der Banken und des Reichsverbandes der deutschen Industrie über die Kreditaktion statt. Es wurde beschlossen, dem Reichsverband ein Schreiben zu überreichen, in dem um Ausbruch gedrückt wird, daß der Reichsverband der Industrie seine Bewilligung, eine Kreditaktion einzuleiten, aufrecht erhalte.

Die „Vossische Zeitung“ teilt mit, daß dieses Schreiben von den beteiligten Kreisen als geeignete Grundlage zur Weiterführung der Kreditaktion betrachtet werde.

**WTB. Dresden, 18. Nov.** Wolff's Sächsischer Landesdienst teilt zu der Durchsicht in Dresden mit, daß die von der Interalliierten Kommission bei der Durchsicht am Dienstag in dem einen Hochbau bezeichnete Mauer durchbrochen und dahinter 150 Stiel aufgeschichtete unsertige Mantelrohre für leichte Feldbauarbeiten festgestellt wurden. Sie rühren noch von der Kriegszeit.

**WTB. Berlin, 19. Nov.** Wie die Blätter mitteilen, wird die Reparationskommission voraussichtlich heute Abend Berlin verlassen. Als Ergebnis der Verhandlungen zwischen der Kommission und der Reichsregierung glauben die Blätter feststellen zu können, daß die Entente sich auf einer ordnungsmäßigen Erfüllung der am 15. Jan. 1922 fälligen Reparationsverpflichtung von 500 Millionen Goldmark beschränkt. Die Reparationskommission sei zu der Ansicht gekommen, daß die deutsche Regierung in der Lage sei, den notwendigen Betrag von der deutschen Industrie zu erlangen.

**WTB. Berlin, 18. Nov.** Der volkswirtschaftliche Ausschluß des Reichstags nahm einen Antrag des Zentrums an, sich grundsätzlich mit einer Erhöhung der Erwerbslosenversicherung um etwa ein Drittel einverstanden zu erklären.

**WTB. Berlin, 19. Nov.** Der neue Reichsjustizminister Professor Dr. Radbruch äußerte sich in einem Aktionsgesprochen gegenüber über die Grundzüge der kommenden Justizreform. Zum Schluß kündigte er eine große Organisationsreform an, die sich auf die von den Sondergerichten getrennten Teile erstreckt.

**WTB. Hamburg, 18. Nov.** Oberleutnant Wolke, der seinerzeit geeselt nach Leipzig arbeitslos wurde, befand sich seit seiner Inhaftnahme im Hamburger Untersuchungsgefängnis. Gestern Abend ist es ihm gelungen, aus dem Gefängnis am Hofsteintor zu entfliehen.

Land und Berles der W. Kletterer: Buchverlag: Leipzig 2. 2.

### Geschäftliche Mitteilungen.

Das Wohnhaus des Herrn Friedr. Krichherr, Obenfallbach ging durch Kauf in den Besitz des Herrn August Rehr Jr., Lützenhardt über. — Gebäude Zwinger 288 Calw (Wespherta Frau Marie Kumbach) wurde von Herrn M. Stoll, Calw käuflich erworben. — Herr Wilhelm Luz, Altensteig, verkaufte seine in der oberen Stadt gelegene Bäckerei mit Spitzereihandlung an Herrn Paul Haas, Roth O. A. Waiblingen. Von der Stadtgemeinde Bernsd wurde das Wohnhaus des Herrn Joh. Georg Frey, daselbst käuflich erworben. — Sämtliche Ausschlässe wurden durch das Immobilien- und Hypothekengeschäft Christian Dertler, Ebdhausen getätigt.

### Altensteig-Stadt.

## Verpachtung von Grundstücken

Am Montag, den 21. November ds. Jrs., nachmittags 5 Uhr werden folgende Grundstücke verpachtet: P. Nr. 92 311 5 ar 34 qm Wiese in der Brandhalde beim Hochgericht; bish. Pächter B. Theurer, Straßenwart; Gras- und Baumgarten und Land zwischen dem O. Rüdperger Anwesen und dem Gewerbeschulgebäude bish. Pächter Gottfr. Roth im Tal; Gras- und Baumgarten hinter dem Gewerbeschulgebäude bis zum Kellerhaus; bish. Pächter R. Bauer, Landwirt; desgl. vom Kellerhaus bis zur Linie zwischen Markstein a. d. Spielbergerstraße und Einfassungsfeld am Runkelbühlweg; bish. Pächter A. Dehr; desgl. von der vorbezeichneten Grenze bis zum Wald; bish. Pächter A. Dehr; Grasfeldstreifen oberhalb der Brandhalde; bish. Pächter E. Sälger; Wiese am Dämerwald bei Theurer's Weide; bish. Pächter G. Schauble.

Stadtpflege:  
F. J. J. J. J.





Altensteig-Stadt.

Am Dienstag den 22. November d. J. findet hier ein



Krämer-, Rindvieh-, Schweine- und Pferde-

# Markt

statt.

Den 17. November 1921.

Stadtschultheißenamt.

## Dienstboten-Ehrenzeichen.

Die Zentralkommission für Wohltätigkeit hat für weibliche Dienstboten, die in derselben Familie zehn Jahre lang treu und in Ehren tätig waren, ein Ehrenzeichen gestiftet, bestehend in Brosche und Ehrenurkunde. Es soll zum erstenmal auf das diesjährige Weihnachten verliehen werden. Bewerbungen mögen durch Vermittlung des Pfarr- und Schultheißenamtes an den Bezirkswohltätigkeitsverein Nagold bis spätestens 5. Dezember eingereicht werden.

Der Vorsitzende: Schulrat Schott.

## Freie Maler- und Gipser-Gesellschaft des Bezirks Nagold.

Am Sonntag den 20. Nov. 1921, nachm. 2 Uhr findet im Gasthaus z. Eisenbahn in Nagold die jährliche

### Generalversammlung

statt. Tagesordnung:

1. Berichte,
2. Wahlen für die statutenmäßig ausfallenden Mitglieder des Ausschusses.
3. Anträge und Beschlüsse.

Bernau - Hailfingen.

## Hochzeits-Einladung.

Wir erlauben uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Dienstag, den 22. November 1921 im Gasth. zum Mohle in Hailfingen

stattfindenden Hochzeitsfeier freundlich einzuladen.

Johannes Bleier

Sohn des  
† Ewald Bleier, Ober-  
jägers in Bernau

Rosa Tenfel

Tochter des  
Phil. Teufel, Landwirt  
in Hailfingen

Rückgang um 1/10 Uhr.

## Taschenmesser

aus prima Solinger Stahl,  
Handarbeit,

empfehlen in reicher Auswahl

Fr. Koller, Messerschmied.



Altensteig.

### Fleischhack- maschinen

empfiehlt

in verschiedenen Größen

Paul Beck.

## Hochzeitskarten

und

## Verlobungskarten

fertigt rasch und preiswert die

W. Rieker'sche Buchdruckerei

Altensteig.

Gertrud Kachele  
Johannes Meinikheim  
Lehrer

Verlobte

Altensteig

Oberböhringen  
Ingelfingen

November 1921.

Altensteig-Stadt.

Am Montag den 21. Nov. d. J., nachm. 4 Uhr kommen auf hies. Rathaus wiederholt zum Verkauf:

30 Lose Nadelkreis aus Stadtwald Brandhalde.

Den 18. November 1921.

Stadt. Forstverwaltung.

Altensteig Stadt.

## Nähmaschine

(Schwinnshiff)

gebraucht, aber noch gut erhalten, Fabrikat Rowann, wird am nächsten Montag, nachm. 5 Uhr in der städt. Frauenarbeitschule im Gewerbeschulgebäude versteigert.

Stadtpflege:  
Bjergmayer.

Forstamt Pfalzgrafenweiler.

## Nadelholz-Stangen und Reis-Verkauf.

Am Donnerstag den 24. Nov. 1921, nachm. 4 Uhr in Pfalzgrafenweiler im Schwane aus Staatswaldhölz. Leimengrube, Nord. Brunnenberg Nadelholz-Strauchungen F. u. Za. 18 I. b. 24 II., 186 III., Hagfrungen 55 I., 196 II., 543 III., Hopfenstangen 459 I., 1078 II., 6 III., 540 IV., 880 V., Nebsteden 1215 I., 275 II. (bestellt); sowie Reifig aus den Abteilungen: Dist. Schimplerbrunnen, Neugraben, Nord. Hüttleslag, Ob. Bildstöcke, Unt. Heuweg, Ob. Buschacker, Unt. Bildstöcke, Dist. Leimengrube, Wühlstein, Steckwies; Hartgemischt geschätzt zu 2670 Wellen und Nadelholz geschätzt zu 3290 Wellen.

Altensteig.

Suche auf 1. oder 15. Dezember ein fleißiges

## Mädchen

von 15-17 Jahren für kleineren Haushalt

Chr. Luz  
Gerberei.

Simmerfeld.

Ein 1/2-jähriges schönes



Rind

hat zu verkaufen

Adam Theurer.

Altensteig.

Feuerfeste

## Rochhäfen

eingebunden, empfiehlt billigst Friedr. Luz, Daser.

Altensteig.

## Waldsägen

Schittersägen, Stammsägen, Sägeblätter und Sägefeilen empfiehlt in nur besten Gußstahlqualitäten

Paul Beck.

## Evangelischer Volksbund Altensteig.

### Volkstümliche Vorträge über Gewissensfragen

im Jugendheim Sonntags und Donnerstags, je 8 Uhr abends

1. Was bezeugt uns unser Gewissen? Pfarrer Walter Belenfeld. 20. Nov.
2. Muß wirklich jeder Mensch sich belehren? Pfarrer Reppel-Söttefingen. 24. Nov.
3. Kann denn ein Mensch wirklich anders werden? Pfarrer Keller-Spielberg. 27. Nov.
4. Kann ein Christ seines Heils völlig gewiß sein? Stadtpf. Haug-Altensteig. 1. Dez.
5. Kann man auch im täglichen Leben ein Christ sein? Stadtpf. Henwein-Bernau. 4. Dez.
6. Gibt es eine ewige Verdammnis? Pfarrer Schmid-Simmersfeld. 8. Dez.

Dazu ist jedermann freundlich eingeladen.

Der Vorstand.

## Gewerbeverein Altensteig.

Am Sonntag, den 20. November, nachmittags 3 Uhr, findet im Gasthof zum Grünen Baum hier unsere diesjährige

### General-Versammlung

statt, zu welcher wir unsere Mitglieder freundlichst einladen.

Im Anschluß an dieselbe wird Herr Gewerbeschulrat Reppel hier in einem

## Vortrag über den Neckarkanal

die volkswirtschaftliche Bedeutung dieses Projektes erläutern, und das auch in technischer Hinsicht so wichtige Unternehmen durch Lichtbilder darstellen.

Beginn des Vortrags 4 1/2 Uhr, zu demselben haben auch Nichtmitglieder freien Zutritt.

Der Ausschuss.

### Tagesordnung für die Generalversammlung:

1. Kassemberticht. — 2. Bericht über die Vereinstätigkeit. — 3. Anträge und Wünsche. — 4. Verkauf von Broschüren.

Altensteig.

## Gebet- und Predigtbücher

sind zu haben in der W. Rieker'schen Buchhandlung.

### Kirchliche Nachrichten.

(96. u. Dr.) 20. Nov. Evangel. Gottesdienst in der Kirche um 1/10 Uhr. Lied: 140. Darauf gemeinsamer Abendgottesdienst. 1/2, 2 Uhr Christenlehre, Söbne. 1/4 Uhr Jungfr.-Verein. 8 Uhr Vortrag im Jugendheim.

Donnerstag abend 8 Uhr zweiter Vortrag.

Freitag abend 8 Uhr Vorbereitungspredigt u. Beichte auf Advent im Jugendh.

Gemeinsch. Jugendheim. 20. Nov. Versammlung nachm. 2 Uhr.

### Methodistengemeinde.

Sonntag, den 20. Nov., vorm. 1/10 Uhr Predigt, vorm. 11 Uhr Sonntagsschule, nachm. 2 Uhr Jungfr.-Verein. Abends 1/8 Uhr Predigt. Dienstag abend 8 Uhr Jungfr.-Verein. Mittwoch, abends 8 Uhr Gebetsversammlung.

Altensteig.

Neuen und alten



## Weiss- u. Rotwein

empfiehlt zu billigsten Preisen

M. Schnierle.

## Möbelschreiner

sucht

Emil Bauer u. Cie.,  
Möbelfabrik,  
Marbach a. N.



## Tabletten

bieten Erfrischung für:  
Sänger, Raucher, Redner  
schützen vor:  
Husten, Heiserkeit, Katarrhe.

Altensteig: Schwarzwald-Drogerie.

## Favorit-Moden-Album

Herbst und Winter, empfiehlt die

W. Rieker'sche Buchhandlung, Altensteig.

